

DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Eine Ausstellung der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz und des Instituts für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz e.V.

in Kooperation mit dem Dom- und Diözesanarchiv Mainz, dem Heimatverein Rheinbreitbach, den Kreisarchiven Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm und Trier-Saarburg, dem Kreismedienzentrum Neuwied, dem Museum der Stadt Alzey, dem Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz/ Pfälzische Landesbibliothek, dem Rhein-Hunsrück-Archiv und Hunsrück-Museum Simmern, dem Stadtarchiv und Museum Bad Ems, dem Stadtarchiv und der Wissenschaftlichen Bibliothek der Stadt Trier sowie den Stadtarchiven Bad Kreuznach, Bingen, Kaiserslautern, Koblenz, Landau, Linz, Ludwigshafen, Mainz, Montabaur, Pirmasens, Speyer und Worms

Gefördert durch die Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur

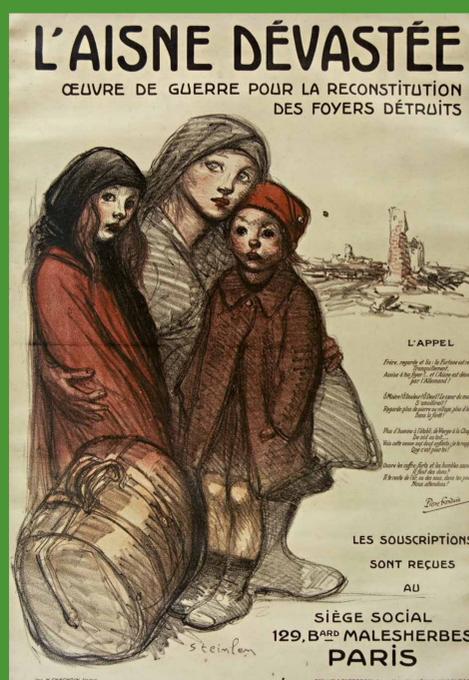
Schirmherrin: Malu Dreyer,
Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz



Der Erste Weltkrieg wird zu Recht als „Urkatastrophe Europas“ (George F. Kennan) bezeichnet. Mit Millionen von Toten, Verwundeten und Invaliden sowie gigantischen Schäden hat er in allen am Krieg beteiligten Ländern tiefe Spuren hinterlassen. Der erhofften Aussöhnung zwischen den „Erbfeinden“ Deutschland und Frankreich nach 1918 standen tiefe Verbitterung und Misstrauen auf französischer Seite und nationalistischer Hass auf deutscher Seite im Wege.

In Frankreich hielt man am Bild der Aggressivität des übermächtigen Nachbarn fest, in Deutschland wiederum fand die antifranzösische Propaganda in der Besatzungs- und Reparationspolitik vermeintliche Beweise für ihre Behauptungen. Historiker sind sich einig, dass dieser Gegensatz besonders im Westen Deutschlands eine der Antriebsquellen für den Aufstieg des Nationalsozialismus war und sich noch in der Begeisterung über die schnelle Niederlage Frankreichs im Frühsommer 1940 ausdrückte. In der nach 1945 realisierten Aussöhnung kamen auch die Erfahrungen des Scheiterns der früheren Besatzungspolitik zum Tragen. Die amerikanische Besetzung an Rhein, Mosel und im Westerwald ist dagegen weitgehend in Vergessenheit geraten und rückt erst seit wenigen Jahren stärker in den Blick der Forschung.

Die Ausstellung möchte diese heute vielfach vergessene Zeit von 1918 bis 1930 in Erinnerung rufen und hierbei die Gegensätze wie auch die damals durchaus vorhandenen Ansätze für gegenseitiges Verständnis und Aussöhnung thematisieren.



Das zerstörte Département Aisne: Kriegssammlung für die Wiedererrichtung zerstörter Heime, von Théophile Steinlen (Source gallica.bnf.fr / Bibliothèque nationale de France)



Unter <https://www.1914-1930-rlp.de> finden Sie vertiefende Informationen zur Besatzungszeit (und auch zum Ersten Weltkrieg) in rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden sowie zu Erinnerungsorten. Historische Quellen, Biographien und Aufsätze runden die Website ab.

Schlachtfeld in Frankreich mit toten französischen Soldaten (Landesarchiv Speyer, V 118-6-4)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

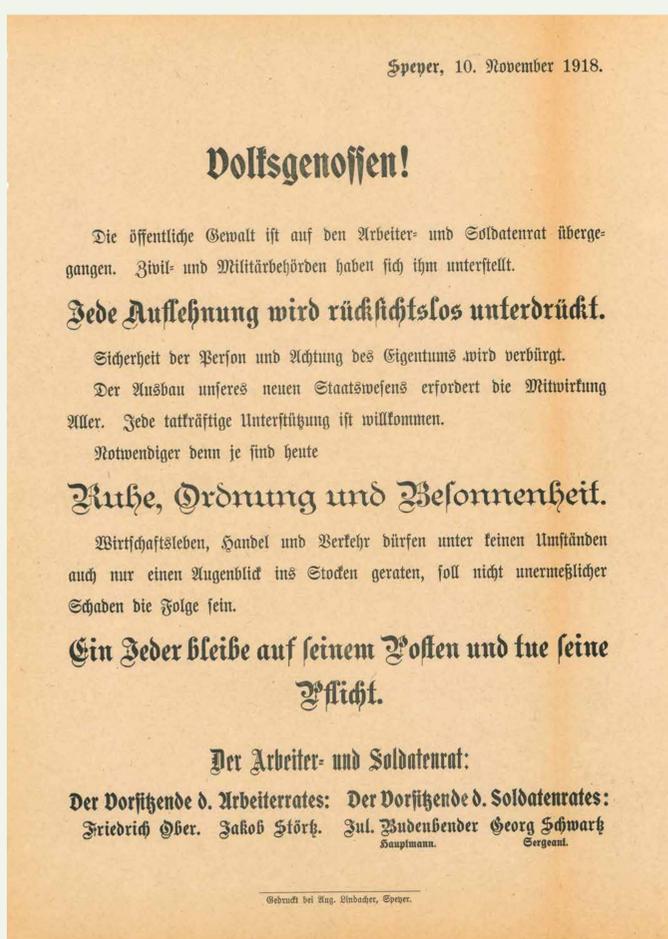
Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Der Erste Weltkrieg: Frankreichs Trauma

Mit der deutschen Kriegserklärung an Frankreich wurde der Raum des heutigen Rheinland-Pfalz zum Aufmarsch- und Etappengebiet der Westfront. Der befürchtete Kampf auf deutschem Boden blieb allerdings aus. Denn seit dem Krieg von 1870/71 und der Annexion von Elsass-Lothringen hatte das Deutsche Reich eine Auseinandersetzung mit Frankreich erwartet und dagegen einen Angriffskrieg vorbereitet. In dem mehr als vierjährigen Ringen an der Westfront wurden große Teile Nordwestfrankreichs und Belgiens in Mondlandschaften verwandelt, während das deutsche Grenzgebiet weitgehend verschont blieb. Dagegen zerstörten deutsche Truppen noch beim Rückzug 1918 Bergwerke, Brücken und weitere Infrastruktur in Frankreich und Belgien.

Französisches Flugblatt: Brief eines „Poilu“ an den „deutschen Michel“, ca. 1923
 „Mein lieber Michel [...] Du meinst, ich hätte es besser, wenn ich daheim wäre und mein Haus wieder aufbauen würde. Ich bin ganz Deiner Meinung; aber ich bräuchte mein Haus nicht aufzubauen, wenn Du es mir nicht kurz und klein geschlagen hättest. Ich könnte wohl Arbeit finden, wenn die Fabrik noch da wäre, die mich einst aufgenommen hat. Aber erinnere Dich doch, Michel, die steht ja leer, seitdem Du die Maschinen mitgenommen hast. Gern möchte ich wieder in die Grube, aber Du hast doch vorsorglich die Schächte gesprengt und die Stollen unter Wasser gesetzt, mein Bester. Beim Vater und bei der Frau wäre ich besser gepflegt, meinst Du... Michel, den Vater hast Du mir ja erschossen und meine Frau nach Deutschland verschleppt, [sie] starb dort in Elend und Schande. [...] Michel, ich bin ein Prolet wie Du, aber ein Prolet, dem Du die Taschen geleert und das Heim zerstört hast. [...]“ (Landesarchiv Speyer, H 1-2173)



Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats Speyer, 10. November 1918 (Stadtarchiv Speyer, 6-1343)

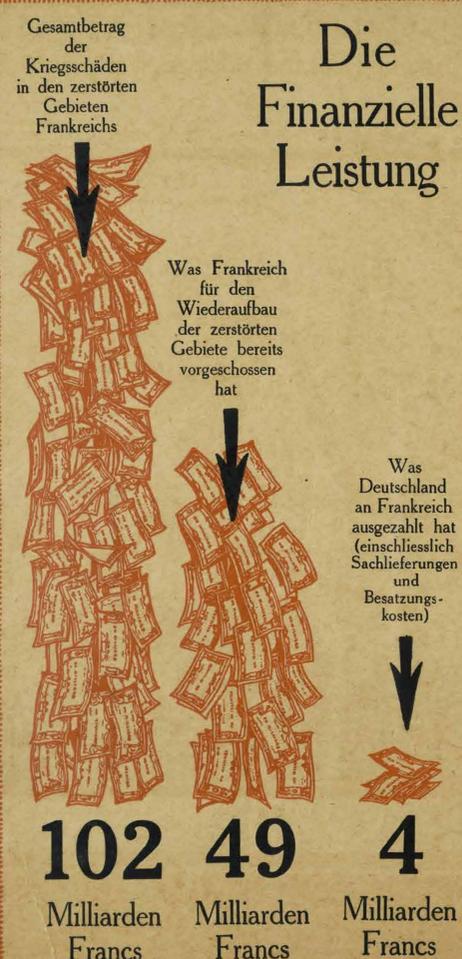
Obwohl das Kriegsende seit langem erhofft worden war, versetzte die Niederlage die Bevölkerung in Aufruhr. Matrosen der Kriegsmarine verweigerten einen sinnlosen Endkampf; Kaiser, Könige und Fürsten des Reiches dankten ab, Sozialdemokraten (Scheidemann) und Sozialisten (Liebknecht) riefen in Berlin unabhängig voneinander die Republik aus, Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen regional und lokal übergangsweise die Macht. Über Monate kam es zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der alten Ordnung und Protagonisten eines sozialistischen Deutschlands. Nur im linksrheinischen Gebiet blieb es infolge des Einmarsches der Besatzungstruppen weitgehend ruhig.



Begrüßung der zurückkehrenden Trierer Regimenter (Kreisarchiv Trier-Saarburg, Tb 32-10)

Die in Frankreich und Belgien angerichteten Zerstörungen wurden den Deutschen bis zuletzt als Siege vermittelt, trotz der zahllosen Toten und Verwundeten. Am 11. November 1918 hing an den Anschlagtafeln der Polizeireviere die lapidare Meldung „Waffenstillstand unterzeichnet“. Die Liste der Bedingungen war ernüchternd: „Sie sprachen erbarmungslos die Sprache der Niederlage“ (Sebastian Haffner).

Leistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich (Landeshauptarchiv Koblenz, 612-7854)



7.4.1923

FRANKREICH

AN DER

ARBEIT

WIEDERAUFBAU

der zerstörten Gebiete

1923

DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Grundlagen der Besatzungspolitik

Die französische Deutschlandpolitik war davon bestimmt, dass in den letzten 100 Jahren drei Mal deutsche Soldaten nach Frankreich eingedrungen waren (1814/15, 1870/71, 1914-1918). Zudem wurde die Annexion von Elsass-Lothringen als großes Unrecht empfunden. Trotz des Sieges im November 1918 nährten die im Krieg erfahrenen ungeheuren Zerstörungen und Verluste sowie die industrielle Macht Deutschlands große Ängste vor einem erneuten Angriff. Die hohen Reparationszahlungen sollten nicht nur den eigenen Wiederaufbau ermöglichen, sondern zusammen mit der drastischen Reduzierung des deutschen Heeres und einer möglichst langen Besatzung den nötigen Schutz gewähren.

Ein weiterer Baustein zukünftiger Sicherheit war für Frankreich ein Garantiepakt mit den USA. Dieser Vertrag wurde vom amerikanischen Kongress aber nicht ratifiziert. Zudem verweigerten die USA dem Versailler Vertrag ihre Zustimmung und zogen ihre Truppen bis 1923 ab. Umso wichtiger wurden für Frankreich die Reparationen, um Deutschland dauerhaft zu schwächen. Während die französische Öffentlichkeit eine Annexion dieser Gebiete forderte, hielt die Staatsführung es für klüger, eigenstaatliche Bestrebungen im Rheinland und in der Pfalz zu fördern. Das Ziel war die Bildung mindestens eines linksrheinischen Pufferstaates, dessen Politik und Wirt-

Vor dem Einmarsch in Rheinhessen, General Mangin an die Soldaten der 10. Armee, 5. Dezember 1918:
„Niemand kann von Euch verlangen die Abscheulichkeiten zu vergessen, die von den Feinden während der vier Kriegsjahre begangen wurden: Verletzungen des Kriegsrechts, Ermordung von Frauen und Kindern, systematische Verwüstungen ohne irgendeine militärische Notwendigkeit.
Aber ihr sollt gegen diese wilden Feinde nicht auf dem Terrain der Barbarei kämpfen, Ihr werdet den Fortschritt [der Zivilisation] siegreich gestalten. Daher sollt Ihr Euch überall Eurer großen Mission und Eurer Siege würdig erweisen. Auf dem linken Rheinufer werdet Ihr Euch daran erinnern, dass die Armeen der Revolution sich so verhalten haben, dass die rheinische Bevölkerung ihrem Anschluss an Frankreich durch Aklamation zugestimmt hat. Und die Väter derer, die Ihr [jetzt] antreffen werdet, sie haben 23 Jahre Seite an Seite mit den unseren auf allen Schlachtfeldern Europas gekämpft.“ (Zit. nach Schlegel 2018, S. 53)



„Deutschland hat den Krieg gewollt“, aus: L'Histoire de la Grande Guerre: La guerre en images vécues et racontée au jour le jour, 1928 (Source gallica.bnf.fr / Bibliothèque nationale de France)



Das Deutsche Reich strebte noch 1917 einen Siegfrieden an. Victor Prouvé (Source gallica.bnf.fr / Bibliothèque nationale de France)

schaft sich freundschaftlich an Frankreich orientieren sollte. Um die Bevölkerung dafür zu gewinnen, betrieb man eine intensive Kulturpolitik und erinnerte sogar an die napoleonische Zeit, als deutsche Männer aus den vier linksrheinischen Departements in der französischen Armee gekämpft hatten.

Im Rückblick begründete diese Zweigleisigkeit von Härte und Gewinnung einen fundamentalen Widerspruch. Er bot der nationalistischen Haspropaganda der deutschen Seite viel Angriffsfläche. Das Scheitern der Besatzungspolitik war vorprogrammiert.



Der französische Kreis-Administrator von Bingen Drusel spricht am Denkmal der Napoleonveteranen, aus: Le Rhin Illustré, 26. Juli 1919

Nach der Versenkung des Passagierschiffes Lusitania 1915 führte die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges 1917 durch Deutschland zum Kriegseintritt der Amerikaner. (Library of Congress)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Einmarsch der alliierten Truppen



Einmarschierende französische Kavallerie in Kaiserslautern (Stadtarchiv Kaiserslautern, F-A4-03586)

Ab Mitte November 1918 besetzte knapp eine Million alliierter Soldaten – im heutigen Rheinland-Pfalz Amerikaner und Franzosen – das linksrheinische Gebiet sowie rechtsrheinische Brückenköpfe bei Koblenz, Trier und Mainz. Die amerikanische Zone umfasste die Gegend um Trier und Koblenz, darunter die heutigen Kreise Ahrweiler, Vulkaneifel, Bitburg-Prüm, Berncastel-Wittlich, Cochem-Zell und Trier-Saarburg, die Franzosen besetzten Rheinhessen und die Pfalz.

Oberkommandierende der französischen Truppen waren zunächst die Generäle Augustin Gérard (Pfalz) und Charles Mangin (Rheinhessen), für die amerikanische *Army of Occupation* General Joseph Theodore Dickman. Nach Auflösung des Trierer Standortes und Abzug eines Großteils der amerikanischen Besatzungstruppen leitete General Henry T. Allen ab Sommer 1919 die weitgehend neu zusammengestellten *American Forces in Germany* (A.F.G.) vom Koblenzer Hauptquartier aus.



Amerikanische Soldaten marschieren entlang der Mosel zum Rhein und werden von Deutschen begrüßt. Derartige Aufnahmen wurden zum Teil bewusst inszeniert. (National Archives Washington, D.C.)

Am 28. Juni 1919 unterzeichnete die deutsche Delegation den Friedensvertrag von Versailles. Er bestätigte u.a. die Zugehörigkeit des Elsass sowie Lothringens zu Frankreich. Teile des Regierungsbezirkes Trier und der bayerischen Pfalz wurden zum neutralen Saargebiet erklärt, das bis 1935 unter Aufsicht des Völkerbundes von Frankreich besetzt werden sollte. Die sonstige Besetzung sollte je nach Zone bis maximal 1935 andauern. Deutschland musste zudem die alleinige Schuld für den Ersten Weltkrieg auf sich nehmen und eine riesige Reparationslast zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden akzeptieren. Nationalistische Kreise in Deutschland begannen unverzüglich mit einer massiven Kampagne gegen das „Schanddiktat von Versailles“.

Ab Mitte 1919 verringerte sich die Zahl der Besatzungssoldaten bis Ende 1922 auf etwa 100.000. Insbesondere zogen nach einer Verkleinerung der amerikanischen Zone viele Truppen ab; französi-

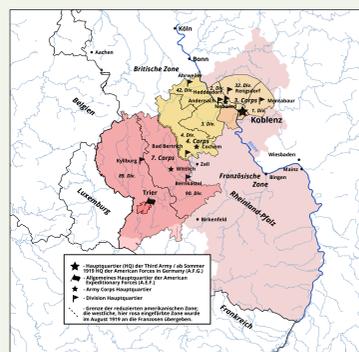
sche Einheiten übernahmen von ihnen das westliche Gebiet (Raum Trier). Im Januar 1923 verließen die letzten amerikanischen Soldaten das Rheinland, wohingegen in der Ruhrkrise 1923 wieder mehr französische Besatzungssoldaten kamen. Nach Beilegung der Ruhrkrise mit dem Dawes-Plan und dem Londoner Abkommen (1924) nahm die militärische Präsenz vor Ort ab.



Der deutsche Esel, Kladderatsch, Juli 1919 (Heidelberger historische Bestände – digital)

Großbritannien räumte sein Besatzungsgebiet 1926 und Frankreich das Gebiet um Koblenz 1929. Zuletzt verließen französische Truppen am 30. Juni 1930 Rheinhessen und die Pfalz.

Zusammen mit dem Versailler Vertrag trat am 10. Januar 1920 das Rheinland-Abkommen zur Regelung der Besetzung in Kraft. Ihr oberstes Organ war die „Interalliierte Rheinlandkommission“ (IRKO) mit Sitz in Koblenz. Sie beaufsichtigte alle deutschen Behörden. Ihr Präsident war bis 1930 der Franzose Paul Tirard. Auch die anderen Besatzungsmächte Belgien, Großbritannien und die USA (General Allen) waren in der IRKO vertreten. Die USA nahmen später aufgrund von Uneinigkeiten bezüglich der Besatzungspolitik nicht mehr an den Sitzungen der Rheinlandkommission teil. Gegenüber der Kommission repräsentierte ein Reichskommissar für die besetzten Gebiete die deutsche Regierung.



Karte der amerikanischen und französischen Besatzungszonen 1918-1923. Die westliche Zone (in Rosa) wurde bereits im August 1919 an die Franzosen übergeben. (Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz)



Gruppenfoto bei einer Sitzung der Interalliierten Rheinlandkommission (Landeshauptarchiv Koblenz, 710-1798)

Ankunft der Franzosen Anfang Dezember 1918 am Hauptbahnhof Mainz (Stadtarchiv Mainz, BPSF2414a)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Die französische Zone



Französischer Pass der Anna Maria Schlosser geb. Schalk (Privatbesitz Beate Steigner-Kukatzki)

Ab dem 15. Dezember 1918 wurden die Uhren um eine Stunde zurückgestellt („französische Zeit“). Zudem griffen Ausgangssperren massiv in den Tagesablauf ein. Zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens durfte sich anfangs niemand außer Haus aufhalten. Auch räumlich wurde die Mobilität zunächst eingeschränkt. Begrenzungen galten auch für die Rheinbrücken bei Koblenz, Mainz und Ludwigshafen sowie für Post und Telefon. Im Juni 1919 wurde die Grenzblockade aufgehoben. In den folgenden Jahren wurde aber die Bewegungsfreiheit immer wieder eingeschränkt. Trotz dieser Belastungen zeigen Tagebücher und ähnliche Dokumente, dass sich das Zusammenleben konfliktfrei gestaltete, als die deutsche Propaganda behauptete. So sahen selbst nationalistisch Denkende ein, dass auch die französische Bevölkerung unter den Folgen des Krieges litt.



Französische Anordnung, Ende 1918 (Stadtarchiv Kaiserslautern, P-A1-1076_a)

Ludwigshafen, 11. Februar 1919

„Kürzlich war Carl von Edenkoben da und erzählte, dass die Sympathie der Einheimischen für die Franzosen sehr gewachsen sei. ‚Die Leute sind schon ganz französisch‘ drückte er sich aus. In den kleineren Orten erhält die Bevölkerung auch schon manches an Lebensmitteln durch das französische Militär. Im Allgemeinen ist das Verhältnis der einheimischen Bevölkerung zum französ[ischen] Militär ein sehr gutes, man hört auch, dass französ[ische] Offiziere hier privat in Familien verkehren. [...]“ (Tagebuch Armand Stiegelmann, Privatbesitz)

Die amerikanische Zone

Der Wohlstand der USA und die deutschen Wurzeln vieler Amerikaner bedingten, dass das deutsch-amerikanische Verhältnis von vorneherein weniger belastet war. Doch auch die amerikanische Besatzungsmacht erließ zunächst strikte Maßnahmen wie Versammlungsverbot, Pressezensur und eine abendliche Ausgangssperre. Zudem war der private Umgang mit der deutschen Bevölkerung verboten. Bei einer Einquartierung in Privathaushalten war dies jedoch nicht umsetzbar. Das Verbot wurde im Sommer 1919 aufgehoben.



Bewachung des amerikanischen Brückenkopfes in Montabaur, 1919 (Library of Congress)

Amerikanische Soldaten durften sich wegen der Lebensmittelknappheit nicht bei Deutschen versorgen. Bald wurde auch Essen an Deutsche, insbesondere an Kinder (Quäkernotspeisung), ausgegeben. Bei Verstößen gegen die Anordnungen der IRKO sowie Konflikten zwischen Amerikanern und Deutschen fällten amerikanische Militärgerichte ungewohnt harte Urteile.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages 1921 mit den USA entspannte sich das Verhältnis der amerikanischen Truppen zu den deutschen Bürgerinnen und Bürgern zusehends. Beim Abzug der amerikanischen Truppen erklärte Hermann von Hatzfeldt (1867–1941), Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete: Als Feinde seien die Amerikaner gekommen, aber als Freunde geschieden. Er habe die Hoffnung, dass das von den Amerikanern gezeigte Bestreben nach Menschlichkeit und Gerechtigkeit noch nicht erschöpft sei.



Tagesbefehl der Amerikaner in Wirges, 1919 (Courtesy of the 16th Infantry Regiment Association)

Im gleichen Sinne äußerte sich General Allen optimistisch, dass der gute Wille der Besatzungsmächte von der deutschen Seite gewürdigt werde: „Ich bin zuversichtlich, dass dieser Geist von Gerechtigkeit und Fairness, dem unsere Alliierten Beifall spenden, in zukünftigen Tagen jegliches Gefühl von Bitterkeit oder Groll uns gegenüber in den Herzen derjenigen, unter denen wir gelebt haben, verhindern und dazu beitragen wird, wahren Frieden zu erreichen.“ (Übersetzt nach: My Rhineland Journal, Boston 1923, S. 537)

General Henry T. Allen und IRKO-Präsident Paul Tirard während der Flaggenwechsel-Zeremonie auf der Feste Ehrenbreitensein, 24. Januar 1923 (Foto Karl Albert Zimmermann)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Militärischer Alltag

Viele amerikanische und französische Soldaten hatten bereits über längere Zeit im Krieg mitgekämpft. Sie wünschten sich vor allem, bald wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Sowohl die USA als auch Frankreich tauschten während der Besatzung einen Teil ihrer Truppen aus. So bildeten bei den Amerikanern jüngere, unerfahrenere, aber möglicherweise auch weniger durch Kriegserlebnisse belastete Soldaten die *American Forces in Germany (A.F.G.)*, die die *Army of Occupation* ab Sommer 1919 ablösten.



Radrennen von Franzosen auf dem Oberwerth, 1923-1929 (Stadtarchiv Koblenz, FA 4,45 Nr. 6)

Dörscheid am Mittelrhein, 5. Januar 1919

„Abends brachen die Posten bei Schnorres den Weinkeller auf und gerieten über den Schnaps. Als es der Capitaine entdeckt hatte, wurden die beiden Übeltäter abgeführt. Am nächsten Morgen beim Appell mussten sie die melden, die die Geschichte gewusst hatten, ohne sie anzuzeigen. Den einen von ihnen sahen wir dann an einem Tag dreimal hintereinander Wache stehen.“ (Anneliese Spieß, Deutsches Tagebucharchiv 3724-1)

Frankreich griff auf etwa ein Fünftel Kolonialtruppen zurück, weil viele Franzosen nach vier Jahren an der Front heimkehren wollten. Sicherlich war damit auch eine gewisse Demütigung der Deutschen beabsichtigt. Zugleich spielte die Befürchtung, dass der einfache *Poilu* bei einem längeren Aufenthalt in Deutschland den Kommunismus mit nach Hause bringen könnte, eine Rolle. Die durch deutsche Propaganda vor allem den Kolonialtruppen vorgeworfenen Verbrechen wie Verge-

Nun komme ich dazu Ihnen einzelne von den vielen sich hier zugetragenem Begebenheiten während der langjährigen Besatzungszeit zu berichten.

Im Jahre 1918 befahl mir ein Offizier der amerikanischen Besatzung, ihm 5 Flaschen Wein auszuhändigen. Ich weigerte mich und hielt den Kellerschlüssel stets bei mir weil uns die Verabreichung jeglichen Alkohols an amerikanische Truppen unter schwerer Strafe verboten war. Darauf ging er in Begleitung eines Soldaten zur Kellertüre und liess selbige mittels eines Brecheisens aufsprengen und entnahm im Keller 10 Flaschen Wein und zahlte nichts.

Bericht des Bitburger Gasthofbesitzers Heinrich Kaufmann, 1925 (Landeshauptarchiv Koblenz, 700,12-16)

Ludwigshafen, 6. Dezember 1918

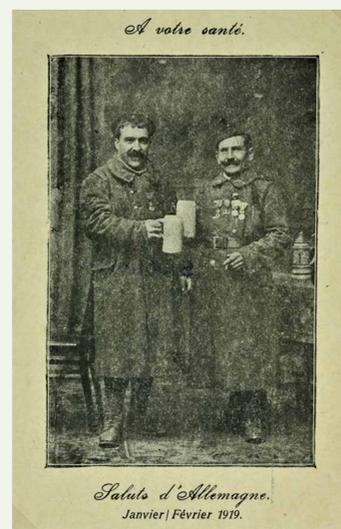
„Frankreich kann doch den farbigen Truppen nicht zumuten, dass sie an dem Vormarsch in Deutschland nicht teilnehmen sollen, nachdem sie vorher in vorderster Linie standen. Auch hält die Entente jedenfalls die Farbigen für am sichersten gegen das Überspringen des Bolschewismus nach Frankreich.“ (Tagebuch Armand Stiegelmann, Privatbesitz)

waltungen wurden von französischer Seite streng überprüft, waren aber in der Regel haltlos.

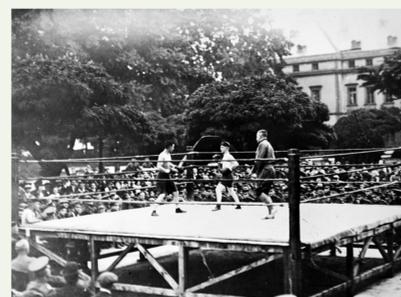
Allerdings änderte ein Wechsel der Truppen nichts daran, dass viele Soldaten ihre Familien vermissten und sich in Deutschland langweilten. In der Regel mussten sie präsent sein, hatten aber kaum weitergehende Aufgaben als militärischen Drill und die Bewachung der Kasernen, Depots und Brücken am Rhein.

Die militärischen Befehlshaber waren sich der Gefahr von Exzessen oder Übergriffen bewusst. Dementsprechend organisierten sie in Zusammenarbeit mit zivilen Einrichtungen wie der YMCA Aktivitäten für die *Doughboys* und die *Poilus*, zum Beispiel Sportangebote von Pferderennen über Boxen bis hin zu Baseball.

In der amerikanischen Zone prägten auch kulturelle Veranstaltungen wie Circus, Musikvorführungen, z.B. Jazzkonzerte oder Tanzkränzchen, die Lebenswelt der US-Soldaten. Viele unternahmen Ausflüge ins Rheintal oder besichtigten historische Gebäude. Abends sprachen allerdings die Soldaten häufig alkoholischen Getränken zu, was im Rheinland – im Gegensatz zu den USA – grundsätzlich erlaubt war. Deutsche durften ihnen diese daher nur zu bestimmten Uhrzeiten verkaufen.



Postkarte mit Franzosen, die sich mit Bierkrügen zuprosteten, Februar 1919 (Stadtarchiv Landau)



Die Amerikaner brachten das Sportboxen in den öffentlichen Raum, hier in Neuwied im April 1919 (Nationales Archives Washington, D.C./John Provan)

Postkarte mit französischen Soldaten in Bad Münster, im Hintergrund deutsche Einwohner (Stadtarchiv Bad Kreuznach, Bestand 35)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Die Ruhrkrise 1923 und ihre Auswirkungen



Reichsbahndirektion Ludwigshafen, Aufruf zum Durchhalten des passiven Widerstandes, 1923 (Stadtarchiv Kaiserslautern, P-A4-0094)



Fahrkarte Andernach-Bacharach (Landeshauptarchiv Koblenz, 612-7873)

Weil die Reichsregierung 1922 mit den Reparationszahlungen in Rückstand geriet, wollte sich Frankreich als Gegenleistung die Kohlevorkommen des Ruhrgebietes sichern. In der Folge marschierten am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet ein. Die deutsche Reichsregierung unter Reichskanzler Wilhelm Cuno rief in den französisch und belgisch besetzten

Gebieten zum passiven Widerstand auf. Daraufhin legten dort die Eisenbahnbediensteten ihre Arbeit nieder. Die Franzosen wiesen zahlreiche Streikende, aber auch Kommunalpolitiker, Gewerkschafter, Journalisten und einige Gewerbetreibende mit ihren Familien aus.

Bahnhöfe und Eisenbahnanlagen wurden von französischen Pionieren besetzt. Am 20. März 1923 wurde die Gründung der französisch-belgischen Eisenbahnregie bekannt gegeben, die die Eisenbahnen in den besetzten Gebieten übernahm.



„Halt den Saboteuren“. Die Sicherung der Bahnanlagen wurde den deutschen Behörden übertragen (Landesarchiv Speyer, Y 24-14598)

Ein großer Teil der Zivilbevölkerung boykottierte die „Regiebahn“. Wer die Züge der französischen Regie nutzen wollte, wurde bedroht und als „Vaterlandsverräter“ gebrandmarkt. Aus Protest gegen die Ruhrbesetzung kam es immer wieder zu Sa-

Bad Kreuznach

„Der erste Krieg war aus, jetzt beginnt der zweite, nämlich ein Wirtschaftskrieg. Am 31. Januar 1923 mittags 2 1/2 Uhr standen an der Eisenbahn sämtliche Räder still. Wir Beamte und Arbeiter gingen alle nach Hause [...]. Nach 14 Tagen Stillstand fingen die Franzosen an zu fahren, aber nur für ihren Bedarf für Militär und ihre Eisenbahner. Wir wurden durch öffentlichen Maueranschlag aufgefordert, unseren Dienst wieder aufzunehmen, hat sich aber kein Eisenbahner gemeldet. Darauf stellten sie allerhand Gesindel ein und bei uns begannen die Ausweisungen: Bis auf wenige waren alle fort und in ganz Deutschland verteilt.“ (Tagebuch für Wilhelm Marx, Stadtarchiv Bad Kreuznach, MS Besatzung, Rechtschreibung angepasst)

botageakten an Zügen oder Gleisanlagen. Die schwierige Lage im Waren- und Güterverkehr beeinträchtigte die Versorgung der Bevölkerung erheblich. Hinzu kamen Entlassungen und Kurzarbeit. Der Wert des Geldes und damit seine Kaufkraft sanken ins Bodenlose. Zur Eindämmung der Inflation gaben die Besatzungsbehörden „Notgeld“ heraus. Parallel dazu druckten auch die deutschen Städte im besetzten Gebiet sowie zahlreiche Unternehmen Notgeld.

Am 26. September 1923 wurde der passive Widerstand von der neuen Reichsregierung unter Gustav Stresemann beendet. Für die Bevölkerung des besetzten Gebietes normalisierte sich die Lage danach allmählich.



Propaganda-Flugblatt, Warnung vor der Nutzung der französischen Regiebahn, 1923 (Stadtarchiv Mainz, NL 101)



„Regiefranc“ – das Notgeld der französischen Regiebahn (Stadtarchiv Bad Kreuznach, MS Besatzung)

Ausgewiesene Eisenbahner aus Ehrang bei Trier kommen in Kassel an, 1923 (Landeshauptarchiv Koblenz, 700,12-56)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



„Separatismus“ – Vaterlandsverrat oder Rettung?



„Separatistisches Flugblatt“, vermutlich 1919 (Landesarchiv Speyer, U 284-17)

Entgegen der deutschen Propaganda strebte die französische Regierung keine Annexion des linksrheinischen Gebietes an, sondern die Errichtung eines an Frankreich orientierten Pufferstaates, um damit Sicherheit vor Deutschland zu erhalten. Man setzte dabei auf preußenfeindliche Stimmungen und die Angst des Bürgertums vor den sozialistischen Aufständen in Berlin und München. Die Bevölkerung der Pfalz hoffte man mit der Aussicht auf wirtschaftliche Verflechtungen im Grenzraum zu gewinnen.

Tatsächlich gab es im Rheinland (Konrad Adenauer) und in der Pfalz (Johannes Hoffmann) vielfach den Wunsch nach Autonomie. Ohne den Verband des Reiches zu verlassen, wollten diese Kräfte mit eigenen Ländern eine Verständigung mit Frankreich erreichen. Aber der Umsturzversuch der „Freie-Pfalz-Bewegung“ des Landauer Chemikers Dr. Eberhard Haas am 1. Juni 1919 scheiterte ebenso wie die am gleichen Tag erfolgte Proklamation einer „Rheinischen Republik“ durch den ehemaligen Staatsanwalt Adam Dorten in Wiesbaden.

Der Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet im Januar 1923 und die Reaktion der Reichsregierung („passiver Widerstand“) hatten verheerende wirtschaftliche Auswirkungen. Erneut kam es im Besatzungsgebiet zu Versuchen der Gründung einer autonomen Staatlichkeit. Jetzt waren die politischen Führer der Bewegung sogar dazu bereit, den Verbund des Reiches zu verlassen.

Ludwigshafen, 1. Dezember 1923

„Der Hauptteil der Bevölkerung steht der Rhein[ischen] Republik feindlich od[er] gleichgültig gegenüber. Sie ist nun in allen pfälzischen Städten ausgerufen. Man sagt, auf dem Land habe sie einigen Anhang.“ (Tagebuch Armand Stiegelmann, Privatbesitz)

Frei von der Last des deutsch-französischen Konfliktes und mit eigener Währung sollte das Rheinland ein Friedensstaat zwischen Frankreich und Deutschland werden.



Aufkleber mit „separatistischer“ Propaganda, 1923 (Landeshauptarchiv Koblenz, 612-7855)

Entgegen der nationalistischen Hasspropaganda fanden diese Bestrebungen in allen Schichten Anhänger, blieben aber in der Minderheit, die noch jahrzehntelang später Anfeindungen ausgesetzt war.



Teil eines Plakats der „Separatisten“ (Landesarchiv Speyer, Y 24-5376)

Demonstration gegen die Autonomiebewegung in Speyer, vermutlich 1923 (Landesarchiv Speyer, X 3-2945)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Das Scheitern der „Separatisten“ 1923/24



Ausrufung der „Rheinischen Republik“ vor dem Koblenzer Schloss am 23. Oktober 1923 (Landeshauptarchiv Koblenz, 710-3806)



Uniformierte „Separatisten“ mit französischen Soldaten (Landesarchiv Speyer, H 91-10076)

Am 23. Oktober 1923 riefen die „Separatisten“, begleitet von bewaffneten Aktionen ihres „Rheinlandschutzes“, u. a. in Koblenz, Trier und in Mainz die „Rheinische Republik“ aus. In Koblenz sollte die Zentralregierung des neuen Staates eingerichtet werden. In den folgenden Tagen übernahm die Bewegung in Rheinhessen die Kreisämter in Alzey, Worms und Bingen, am 5. November 1923 begannen in der Pfalz die Anhänger der „Freien Bauernschaft“ unter Führung von Franz Josef Heinz die Bezirksämter zu stürmen. Am 12. November rief Heinz in Speyer die „Pfälzische Republik“ bzw. die „Autonome Pfalz“ im Verbund mit der „Rheinischen Republik“ aus.

Alle Aktionen konnten deshalb stattfinden, weil die französische Besatzungsmacht die deutsche Polizei und behördliche Selbstschutzeinheiten daran hinderte, Widerstand zu leisten. An vielen Orten gab es dennoch bewaffnete Auseinandersetzungen mit Verletzten und Toten, so z. B. im pfälzischen Lambrecht, Hanhofen, Odenbach und Speyer.



Der pfälzische Separatistenführer Franz Josef Heinz (2. v. l.) und Mitglieder seiner Regierung, 1923/24 (Landesarchiv Speyer, X 3-1720)

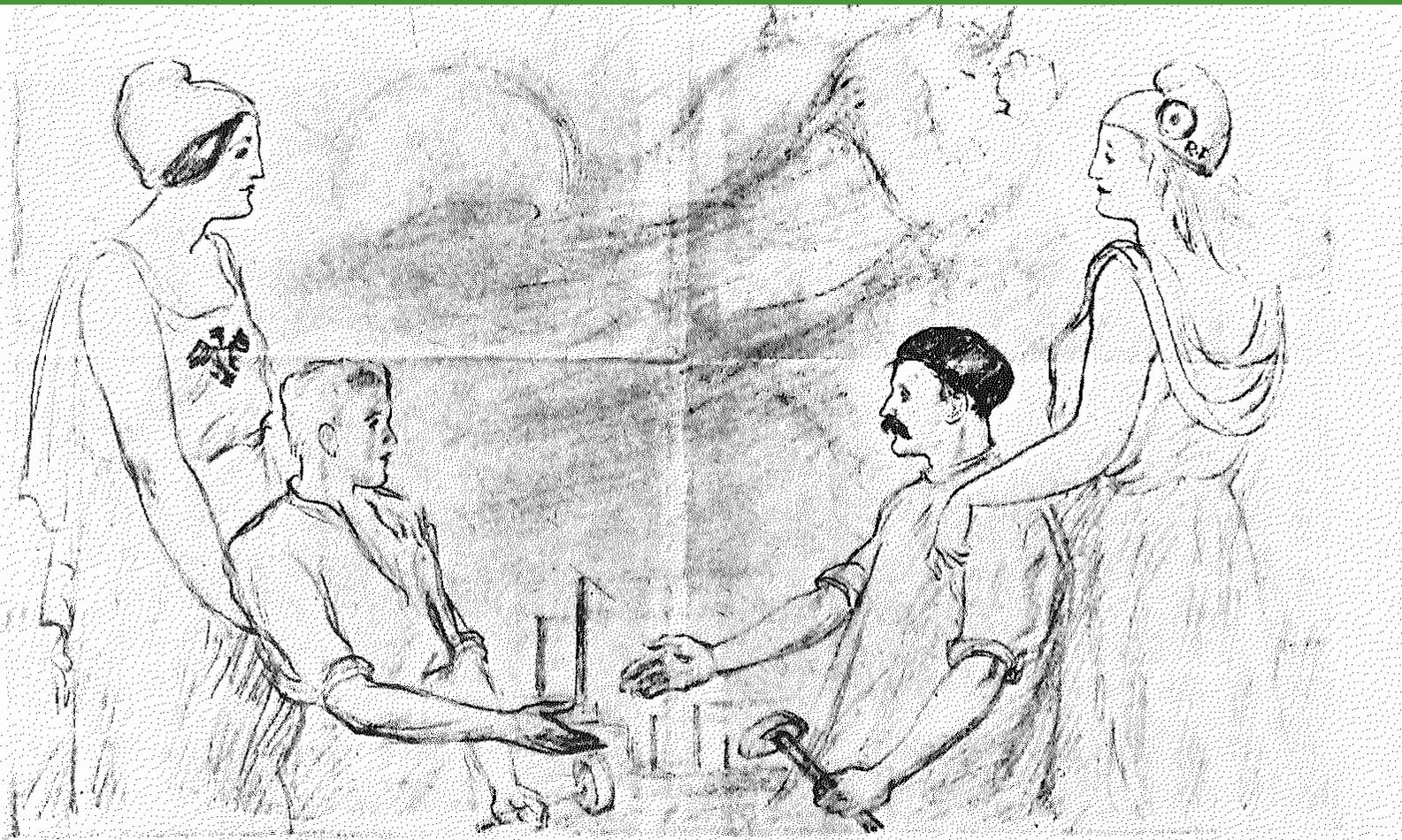
Während ihrer Amtszeit bemühte sich die Autonomiebewegung vor allem um die Ausgabe von Notgeld, um die Inflation zu überwinden, und um sozialpolitische Maßnahmen. Aber die Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit durch die Behörden, Hasspropaganda rechts-

nationaler Kräfte und mangelnde Disziplin in den eigenen Reihen kosteten die „Separatisten“ den anfänglichen Rückhalt. Die Agitation gegen die „Franzosenfreunde“ schlug um in nackte Gewalt, als am 9. Januar 1924 ein aus München kommendes Kommando den pfälzischen Anführer Heinz in Speyer erschoss. Am 12. Februar 1924 kam es in Pirmasens zum Sturm auf das von „Separatisten“ gehaltene Bezirksamt. 15 von ihnen kamen dabei, zum Teil durch bestialische Lynchjustiz, zu Tode, während die Angreifer sieben Tote zählten. Generell zogen sich die Anhänger der Autonomiebewegung im Laufe des Monats Februar zurück, nachdem Frankreich unter dem Druck Großbritanniens seine Unterstützung für die „Rheinische Republik“ einstellte. In der Pfalz kam es noch im März zu einer Reihe von Mordaktionen gegen die „Sonderbündler“. Auf jahrelange Diffamierung und Schikanie folgten ab 1933 ihre Verfolgung durch die Gestapo und KZ-Haft. Um dem zu entgehen, erhängte sich der Tierarzt Philipp Joseph Bus Ende 1941 im Gestapogefängnis in Neustadt.



Brand des von „Separatisten“ besetzten Bezirksamtes am 12. Februar 1924 (Stadtarchiv Pirmasens)

Frankreichs Wunschbild: Versöhnung des deutschen mit dem französischen Arbeiter. Fotografie nach Bleistiftskizze, ohne Datum (Stadtarchiv Mainz, BPSF 21938a)



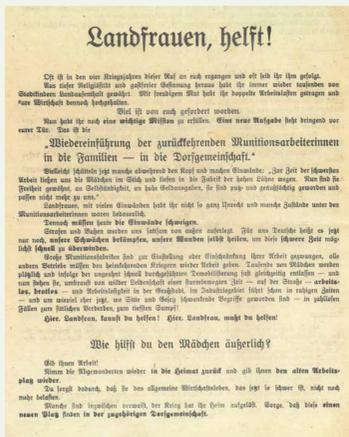
WAS DIE ALLGEWALTIGEN DER DEUTSCHEN POLITIK VERHINDERN MÖCHTEN

DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Soziale Not und staatliche Maßnahmen



Der über vier Jahre andauernde Krieg hatte deutliche Spuren in der deutschen Gesellschaft hinterlassen. Zahlreiche Männer waren im Krieg gefallen, ihre Familien waren ohne Absicherung. Andere waren durch den Krieg invalide geworden. Infolge der Demobilisierung wurden allorts Frauen entlassen, damit die ehemaligen Soldaten wiederingestellt werden konnten.

Flugblatt „Landfrauen helft“ mit dem Begleitbrief des Rheinischen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege an den Bürgermeister, 21. November 1918 (Kreisarchiv Bernkastel-Wittlich, Best. 2.0, Landratsamt Wittlich, Nr. 441)

Beschäftigte verloren aufgrund wirtschaftlicher Umwälzungen und politischer Krisen ihre Arbeitsstelle. Ruhrkampf und Inflation verschärften die finanzielle Situation auch vieler bürgerlicher und gewerbetreibender Familien.

Die Besatzungsmächte boten kaum neue Arbeitsmöglichkeiten. In die Grenzregion wie den Landkreis Trier-Saarburg zogen darüber hinaus Flüchtlinge aus Elsass-Lothringen und anderen zuvor deutschen Gebieten. Sie waren wie Invaliden, Witwen und Waisen sowie zahllose Erwerbslose auf die kommunale Fürsorge angewiesen. Erst 1927 trat das Gesetz zur Arbeitslosenversicherung in Kraft, das jedoch nur für einen kleinen Teil der Probleme Abhilfe schaffen konnte.



Die Soldaten und Zivilangestellten der Besatzer benötigten Unterkünfte und Arbeitsräume, sodass bis in die späten 1920er Jahre zahlreiche Häuser und Wohnungen beschlagnahmt waren. Nicht nur deshalb mangelte es nach dem Ersten Weltkrieg in vielen Städten an Wohnungen. Die Stadtverwaltungen versuchten dem Problem durch kom-

Das von General Henry T. Allen mitbegründete American Committee for Relief of German Children sammelte Spenden für hilfsbedürftige deutsche Kinder und alleinstehende Mütter von Kindern amerikanischer Besatzungssoldaten. (Landeshauptarchiv Koblenz, 441-22619)

Chronik der Stadt Linz, 31. Dezember 1918 „Die Bautätigkeit – private wie öffentliche – ruhte auch in diesem Jahre fast vollständig. Die Wohnungsnot bleibt weiter drückend. Durch die ungenügende Erstellung von Wohnbauten vor dem Kriege und durch das Ruhen der Wohnbautätigkeit während der Kriegszeit überschritt die Wohnungsnachfrage das Angebot ganz bedeutend. Verschärft wurde die Notlage durch die nach hier in größerer Anzahl überwiesenen Eisenbahnbeamten und durch den Häuserankauf industrieller Gesellschaften. Die bisher so schwierige Beschaffung des Baumaterials in Verbindung mit den hohen Baukosten erschweren und unterbinden die Bautätigkeit auch seitens der Stadt.“ (Stadtarchiv Linz, P 33)



Rohbau der städtischen Wohnanlage an der Goethestr. 37, 1927. Sie wurde in der Presse als „modernste Wohnanlage Hessens“ gerühmt. (Stadtarchiv Mainz, BPSF 2418a)

munalen Wohnungsbau und Unterstützung von gemeinnützigen Baugesellschaften zu begegnen. Allerdings konnte die Bautätigkeit erst nach der Währungsreform und dem Dawesplan (1924) beginnen. Das größte Projekt in Mainz wurde 1925 bis 1928 gemeinsam von der Reichsbahn und der Stadt am Fichteplatz verwirklicht. In der rund 1.000 Wohnungen umfassenden Siedlung waren die Forderungen von Ärzten und Sozialreformern nach Licht, Luft, Sonne und Grün beispielhaft umgesetzt.

Staatliche Sonderdarlehen für die besetzten Gebiete ermöglichten den Kommunen bis zur Weltwirtschaftskrise weitere umfangreiche Bauaktivitäten.



Städtische Siedlung am Völkerring in Bad Kreuznach, 1924 errichtet, um 1943/44 (Stadtarchiv Bad Kreuznach, 6.20-1110)

Unterstützungsempfänger warten auf Einlass, wohl 1920er Jahre, Foto Arthur Barth (Stadtarchiv Speyer, 233-1 Reg. 008159)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



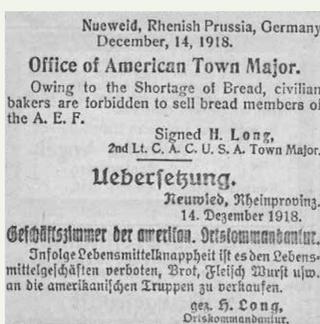
Versorgungslage, Inflation und Währungsreform

Für 1 Dollar U.S.A. wurde gezahlt:		Für Lebensmittel wurde gezahlt:	
Datum	Mark	1914	1923
1. August 1914	4.20	0,07	70 000 000 000
31. Januar 1919	8.57	0,27	40 000 000 000
3. Juli	11,72	0,78	4000 000 000 000
9. Febr. 1920	52,62	0,03	2 500 000 000 000
9. Febr. 1920	103,75	0,13	800 000 000 000 000
3. Mai	57,00	0,35	1000 000 000 000 000
6. Dezbr.	75,50		
9. März 1921	64,12		
27. Juni	74,50		
8. Novbr.	310,00		
27. Febr. 1922	228,50		
30. Juni	374,03		
30. Dezbr.	7350,00		
1. März 1923	22200,00		
20. November 1923	4.210.500.000,0000		

Tabelle der Preisteuerung aus der Chronik von Gappenhach (Landeshauptarchiv Koblenz, 716-315 Bl. 9)

Mittel wurden wie seit Beginn des Krieges auch nach 1918 vom Staat festgelegt.

Auf dem blühenden Schwarzmarkt zahlten die Menschen deutlich mehr für die gleichen Produkte.



Verkaufsverbot von Lebensmitteln an Amerikaner in Neuwied, 14. Dezember 1918 (Kreismedienzentrum Neuwied, Sammlung Kupfer)

Die amerikanischen und französischen Besatzer nahmen zum Teil Rücksicht auf die schlechte Versorgungslage und teilten Lebensmittel an die Bevölkerung aus oder untersagten ihren Truppen, sich vor Ort selbst zu versorgen.



Scheck der Seitz-Werke, Bad Kreuznach, über 25 Milliarden Mark, 26. Oktober 1923 (Stadtarchiv Bad Kreuznach, MS Notgeld)



Notgeldschein der Stadt Trier über 10. Millionen Mark, 10. September 1923 (Stadtarchiv Trier)

Bereits in den Jahren 1914 bis 1918 war das Preisniveau durch die Kriegsfinanzierung über Anleihen stark angestiegen. So kostete 1913 ein Kilo Roggenmehl rund 30 Pfennige, 1918 waren es bereits über 55 Pfennige. Der Kilopreis von Kartoffeln stieg von 7 auf 21 Pfennige. Die Preise für Grundnahrungsmittel wurden wie seit Beginn des Krieges auch nach 1918 vom Staat festgelegt.

Auf dem blühenden Schwarzmarkt zahlten die Menschen deutlich mehr für die gleichen Produkte. Die Preise hatten sich in etwa verdreifacht. Dennoch waren die Menschen in den Städten froh, überhaupt bestimmte Lebensmittel zu erhalten.

Nach Abschluss des Versailler Vertrages musste das Deutsche Reich Reparationsleistungen an die Siegermächte zahlen, nicht

Chronik der Stadt Linz, 31. Dezember 1918 „Die Lebensmittelversorgung hatte im Berichtsjahre mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Besonders haushälterisch mußte mit den Kartoffeln, die nur eine mittelmäßige Ernte gebracht hatten, umgegangen werden.“ (Stadtarchiv Linz, P 33)



Eine Feldküche der französischen Besatzungssoldaten versorgt die Opfer der Explosion im Oppauer Werk der BASF, 1921 (Stadtarchiv Ludwigshafen, Sammlung Lutz)

zuletzt, um Schäden an den Kriegsschauplätzen in Frankreich und Belgien auszugleichen. Die „Erfüllungspolitik“ der Reichsregierung basierte darauf, diesen Forderungen nachzukommen. Hierfür druckte die Regierung Geld, ohne dass mehr Waren hergestellt wurden. Dadurch wurde die Inflation stark beschleunigt (Hyperinflation). Im Januar 1922 kostete ein Kilo Roggenbrot 8 Mark, im Dezember über 300 Mark. Während des Ruhrkampfes 1923 stiegen die Preise immer weiter: Im April zahlten die Bürger für ein Roggenbrot bereits 1.600 Mark, im September mehrere Millionen und bald Milliarden Mark.

Nach Einstellung des Ruhrkampfes im September 1923 wurde im November eine Währungsreform durchgeführt. Neues Zahlungsmittel wurde die Rentenmark. Erst jetzt wurde allen Deutschen klar, dass ihre Kriegsanleihen wertlos waren. Viele Familien verloren ihre gesamten Ersparnisse, Eigentümer von Häusern hingegen behielten ihr Vermögen und Spekulanten profitierten. 1924 löste die Reichsmark die provisorische Währung ab.



Todesanzeige der Papiermark (Landeshauptarchiv Koblenz, 612-7854)

Verkauf von Lebensmitteln auf der Straße, 1922 (Landeshauptarchiv Koblenz, 710-7136)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Die Landwirtschaft 1918-1930



Aufforderung des Oberbürgermeisters von Worms, das Haus nicht zu verlassen, 1. Juli 1920 (Stadtarchiv Worms, Abt. 5 Nr. 3165)

Höchstpreise für Grundnahrungsmittel, Mangel an Dünger, Zugtieren, Viehfutter und Arbeitskräften prägten bereits die Landwirtschaft im Krieg. Auch durch die Blockade der Alliierten mangelte es über das Kriegsende hinaus an Lebensmitteln, sodass Schleichhandel und Wucherpreise vorherrschten. Seit dem Hungerwinter 1917 kam es zu Protesten und Plünderungen durch die städtische Bevölkerung. Bei der Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten im November 1918 waren zum Teil Bauern beteiligt. In der Bauernschaft bestanden unterschiedliche politische Vorstellungen. So gründeten sich im Jahr 1919 u.a. in Rheinhessen und der Pfalz die „Freien Bauern“, die mithilfe von Lieferstreiks gegen die Zwangswirtschaft eintraten. Die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft war seit Ende des 19. Jahrhunderts deutlich gesunken; in der preußischen Rheinprovinz um Koblenz und Trier arbeiteten hier 1925 nur noch 28 % der Erwerbstätigen. Sowohl beim Anbau von Roggen, Gerste, Hafer, aber auch Kartoffeln wurde 1925 noch nicht das Vorkriegsniveau erreicht. Der Krieg hatte auch die Viehbestände dezimiert. Der exportorientierte Weinbau verlor durch den Krieg langfristig einen Teil seiner Absatzgebiete. Hierzu trug die zeitweise Zollgrenze der Besatzungszone bei.



Plakat, 1926

Der Mostertrag schwankte wie zuvor, von 0,7 Mio. Hektolitern (hl) 1913 bis hin zu 1,5 Mio. hl 1918. Doch konnten die Weinbestände nicht abverkauft werden, und viele Winzer verfügten infolge der Inflation und Währungsreform nicht mehr über finanzielle Reserven.

Chronik der Stadt Linz, 27. November 1922

„Zu der Milchpreiserhöhung haben die Produzenten noch folgende Erläuterung für Betriebskosten gegeben: In Vorkriegszeiten kostete eine Kuh M 300 – 400,- jetzt Mark 200.000 bis 240.000 Mark, Verpflegung einer Kuh monatlich M 2,50, jetzt 500 Mark, ein Milchwagen 600 M, jetzt nur Reparatur 30.000,- Mark, ein Milchwagenpferd 700 Mark, jetzt 200.000 Mark, Beschlagen desselben 3 bis 4 Mark, jetzt 4.000 Mark, Futterrüben der Zentner 1,20 Mark, jetzt 500 Mark [...]. Diese Aufstellung ließe sich noch beliebig erweitern, dürfte aber genügen, um den Aufschlag der Milchpreise zu rechtfertigen.“ (Stadtarchiv Linz, P 33)



Aufhebung des Ausfuhrverbots, 20. Juni 1919 (Stadtarchiv Landau)

Die explosive Stimmung verdeutlicht der Sturm von ca. 2.000 Winzern auf das Bernkasteler Finanzamt 1926, der politische Folgen nach sich zog. Ab Mitte 1926 sollte eine groß angelegte Werbekampagne mit dem Titel „Trinkt deutschen Wein“ dessen Konsum im Inland stärken. Erst nach der Währungsreform war es einigen Bauern möglich, Maschinen wie Schlepper anzuschaffen. International war die deutsche Landwirtschaft nicht konkurrenzfähig. Mit dem Sturz der Agrarpreise in der Weltwirtschaftskrise 1929 stand der Sektor vor noch größeren Herausforderungen.



Heuernte in Ingelbach, heute Landkreis Altenkirchen, 1928 (Landeshauptarchiv Koblenz, 710-5911)

Stürmung des Bernkasteler Finanzamtes am 25. Februar 1926, nachträglich bearbeitete Aufnahme (Kreisarchiv Bernkastel-Wittlich, KBA-01783)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Die Industrie in der Besatzungszeit



Arbeiter der Firma Remy & Co beladen einen Eisenbahnwaggon mit Bimssteinen, 1925 (Kreismedienzentrum Neuwied, Sammlung Kupfer)

Für Unternehmen im Besatzungsgebiet war die Zwischenkriegszeit herausfordernd: Die Umstellung auf die Friedensproduktion, die seit dem Krieg verstärkte Inflation sowie der Mangel an Liquidität nach der Währungsreform führten dazu, dass viele Firmen Konkurs anmelden mussten. Zu Beginn der Besatzung gab es strikte Bestimmungen, die im ersten Halbjahr 1919 und nach dem Friedensvertrag zunehmend gelockert wurden.

Ludwigshafen, 1. Januar 1919

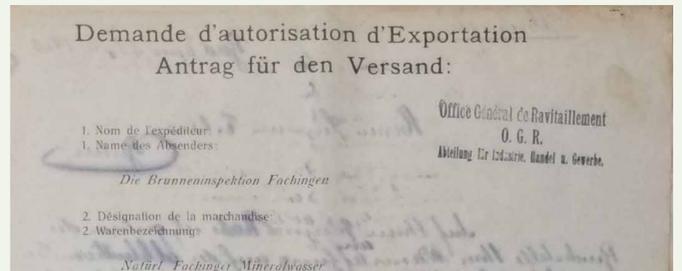
„In der Fabrik habe ich fortgesetzt viel Besuch durch französische Offiziere und Generäle. Alle sind erstaunt über die Größe unserer Anlagen.“ (Tagebuch Armand Stiegelmann, Privatbesitz)

Anfang 1919 und auch in späteren Jahren machten die französischen Truppen Bestandsaufnahmen der größeren Industriebetriebe wie der BASF. Zum Teil wurden von den Besatzungsmächten Lager und andere Gebäude beschlagnahmt, aber in geringerem Umfang als private Unterkünfte. Darüber hinaus litten viele Unternehmen unter der wirtschaftlichen Abtrennung des benachbarten Saargebietes und der Rückgliederung Elsass-Lothringens an Frankreich.

Von April bis September 1921 bestand darüber hinaus eine Zollgrenze zwischen dem besetzten Rheinland und dem unbesetzten Teil des deutschen Reiches. Die Unternehmen im Besatzungsgebiet mussten bei der Ausfuhr von Waren Zölle zahlen. Für die Einfuhr betrug diese nur ein Viertel. Für Ein- und Ausfuhren mussten Anträge an ein aufgrund französischer Vorgaben eingerichtetes Amt in Bad Ems gestellt werden, was die Lieferungen verzögerte. Das Amt bestand in den folgenden Jahren fort.

Brief von Margarete W., Anfang März 1919
„Handel und Verkehr wickeln sich hier unter den größten Schwierigkeiten ab, die teils durch die Verhältnisse natürlich, teils durch die willkürlichen Eingriffe der Besatzung künstlich hervorgerufen werden. Für eine notwendige Bahnfahrt einen Paß zu erhalten, ist in letzter Zeit fast unmöglich.“ (Deutsches Tagebucharchiv, 1200-1T)

In der Ruhrkrise 1923 wurde die Zollgrenze erneut eingerichtet. Die starke Veredelungsindustrie, wie die Getränke-, die Holz- oder die chemische Industrie, die Rohstoffe von außerhalb benötigte und ihre Waren wieder nach außerhalb verkaufte, verlor durch diese Maßnahmen deutlich an Rentabilität. Die Übernahme der Eisenbahn und Post durch die Franzosen und die Zollgrenze verursachten einen Mangel an Rohstoffen und Absatzmöglichkeiten. Auch infolge der Hyperinflation standen viele Betriebe still, die Löhne und Gehälter wurden jedoch zum Teil weitergezahlt.



Antrag der Brunneninspektion Fachingen, Berlin, für den Versand von Mineralwasser aus Fachingen nach Limburg (Hessisches Wirtschaftsarchiv, Abt. 127 Nr. 8)

Viele Unternehmen verloren langfristig an Umsatz, machten Verluste und gingen nach der Ruhrkrise in Konkurs wie das Mainzer Unternehmen Gasapparat- und Gußwerk. Manche Gewerbe und Betriebe entwickelten sich in den 1920er Jahren dennoch positiv, so die Bauindustrie, Mineralbrunnen wie Rhenser und der Schuhcremehersteller Werner & Mertz in Mainz.



Beschäftigte der Gruppe Textil des Ein- und Ausfuhramts in Bad Ems, Hotel Guttenberg, Bahnhofplatz (Stadtarchiv Bad Ems, 3-1-64)

Französisches Militär besichtigt die BASF in Ludwigshafen, November 1919 (BASF Corporate History, Ludwigshafen am Rhein)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Kulturelle Durchdringung mit friedlichen Mitteln



Der Aufruf von General Gérard an die Bevölkerung, 28. November 1918 (Stadtarchiv Kaiserslautern, P-A1-0964)

Eines der französischen Ziele der Besetzung des Rheinlandes von 1918 bis 1930 war die friedliche Durchdringung (*pénétration pacifique*). Der Bevölkerung sollten die französische Kultur und Sprache vermittelt werden, um so eine

pro-französische Stimmung zu schaffen. Bereits am 28. November 1918, noch vor dem Einrücken der Truppen, ließ der französische General Gérard eine Ankündigung an die Bewohner der Pfalz verbreiten, gemäß der Frankreich in den zu besetzenden Gebieten die „Herzen und Sinne zu erobern“ versuchen wolle.

Auch erinnerte er an die napoleonische Zeit, in der die linksrheinischen deutschen Gebiete Teil des französischen Staates gewesen waren. Im



Musikkapelle mit französischen Kolonialsoldaten aus Vietnam (Stadtarchiv Kaiserslautern, F-A4-03616)

Rheinland richteten die Franzosen an Allerheiligen oder Allerseelen Feierlichkeiten auf Friedhöfen mit napoleonischen Denkmälern aus, die vor allem in



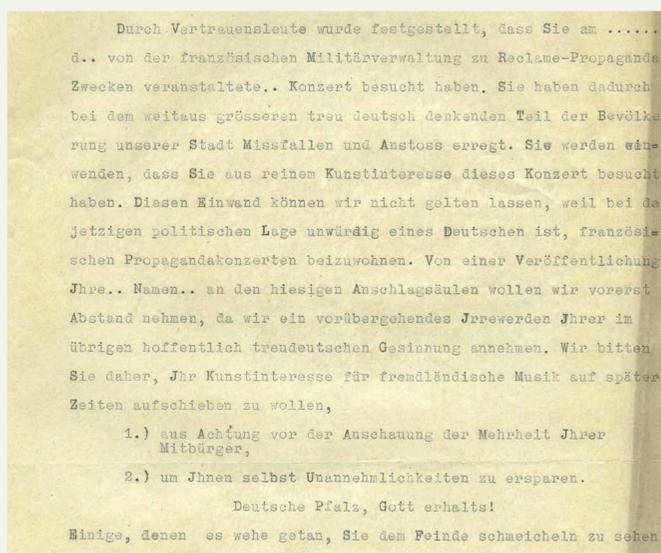
Polemische Darstellung der Französischkurse durch den Rheinischen Beobachter 1923, S. 217

Brief von Margarete W., 11. August 1919

„Ein Reisender sagte neulich das schöne Wort: ‚Die Franzosen haben in vier Monaten mehr germanisiert, wie die Deutschen in vierzig Jahren.‘ --- Es ist schon so, die Weltgeschichte arbeitet oft nach abschreckenden Beispielen und erzielt damit tiefere Erfolge, als mit guten Vorbildern.“ (Deutsches Tagebucharchiv, 1200-1T)

ländlichen Gebieten auf großes Interesse stießen. Hinzu kamen vielfältige militärische Zeremonielle, mit denen die Besatzungsmacht sich als Garant für Ruhe und Ordnung präsentierte. Bei Paraden und Wachablösungen, aber auch unabhängig davon wurden regelmäßige Regimentskonzerte veranstaltet, die durchaus Anklang in der Bevölkerung fanden.

Die *pénétration pacifique* wurde durch gegensätzliche Maßnahmen der französischen Besatzungsmacht torpediert. So förderte diese bei jeder Gelegenheit den „Separatismus“ in den linksrheinischen Gebieten, da dieser schneller zu dem von Frankreich erwünschten Ergebnis zu führen schien. Auch die Abriegelung zum rechtsrheinischen Gebiet sowie die Vielzahl der Maßnahmen, welche die Wirtschaft und den Alltag belasteten, liefen der friedlichen Durchdringung zuwider. Die französische Kulturpolitik erwies sich letztlich als erfolglos. Zu groß waren die psychologischen Gräben, die vom Bild des „Erbfeindes“ ausgingen und durch den Versailler Vertrag verstärkt wurden. Das große Bedürfnis der französischen Politik nach Sicherheit und Reparationen machte es der deutschen Propaganda leicht, Frankreich eine „Gier“ nach „deutschen Landen“ und sogar den Willen zur Vernichtung des „deutschen Volkes“ zu unterstellen.



Drohschreiben an Speyerer Bürger, die ein französisches Konzert besucht haben (Stadtarchiv Speyer, 191-2 Nr. 207)

Feier auf dem 1919 angelegten französischen Soldatenfriedhof Landau an Allerseelen (Stadtarchiv Landau)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Paraden, Theater, Konzerte und Sportfeste



Amaroc News, 13. Juni 1919 (Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz, Dillibri)

Das Vorgehen der amerikanischen und der französischen Besatzungstruppen war auf kulturpolitischem Gebiet ganz unterschiedlich, da die USA im Gegensatz zu Frankreich keine territorialen Ziele verfolgten. Von 1919 bis 1923 erschienen in Koblenz die „Amaroc News“ (Kurzform für *American Army of Occupation*), die sich in erster Linie aber an die eigenen Soldaten richteten. Sowohl französische als auch amerikanische Truppen zeigten ihre Präsenz im öffentlichen Raum nicht nur durch Paraden, sondern auch durch Konzerte und andere Veranstaltungen.



Lycée français in Trier, ursprünglich Kaiser-Wilhelm-Gymnasium, heute Max-Planck-Gymnasium (Stadtarchiv Trier)

Ein wichtiges Element des vielschichtigeren französischen Konzepts der *pénétration pacifique* war die Vermittlung der französischen Sprache. Bereits im Dezember 1918 ordnete General Gérard an, sie in den pfälzischen Volksschulen zu unterrichten. In der Provinz Rheinhessen wurde 1919 der Befehl zur Unterrichtung aller oberen Klassen der Volksschulen und weiterführenden Schulen im Fach Französisch erteilt. Nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles am 10. Januar 1920 war die Teilnahme freiwillig. Die Inanspruchnahme der zahlreichen Sprachkurse wurde von den Behörden beider Seiten genau verfolgt. Ab der zweiten Hälfte des Jahres 1919 wurden vermehrt französische Musik- und Theaterstücke aufgeführt. Letztere hatten nur wenige Besucher, vermutlich aufgrund fehlender Sprachkenntnisse, während die Konzerte stärker frequentiert wurden.



Plakat der Theatervorstellung „La Cocarde de Mimi Pinson“ in Kaiserslautern (Stadtarchiv Kaiserslautern, P-A1-1133)

Im Rahmen von Tournées spielten von Frankreich subventionierte Solisten und Theatergruppen an verschiedenen Orten. Hinzu kamen Kunstausstellungen, Filmaufführungen und Vorträge französischer Professoren, die für die Kultur ihres Heimatlandes warben.

Die Franzosen schufen Bildungseinrichtungen in den besetzten Gebieten, deren Besuch auch Deutschen offenstand. So wurde in Mainz ein französisches Gymnasium gegründet. Hinzu kamen französische Hochschulen für Rechtswissenschaft und Wirtschaft, eine Technikerschule in Kaiserslautern und eine Landwirtschaftsschule. Das „Centre des Hautes Etudes Germaniques“ in Mainz verstand sich ausdrücklich auch als Medium der französisch-deutschen Versöhnung.

1921 organisierte die Besatzungsmacht Reisen in die vom Krieg besonders betroffenen Landesteile, vor allem in die 1917 beim Rückzug auf die Siegfried-Linie von deutschen Truppen systematisch verwüsteten Gebiete, um der Bevölkerung die deutsche Kriegsschuld und die Notwendigkeit von Reparationen zu vermitteln.

Ein wichtiger Pfeiler der französischen Propaganda waren zwei neu geschaffene Zeitschriften, „Le Rhin Illustré“ und „L'Écho du Rhin“. Sie kontrastierten die Verhältnisse in den besetzten Territorien mit der schlechten Versorgungslage in den rechtsrheinischen deutschen Gebieten und den dortigen revolutionären Ereignissen. Deutsche Zeitungen in den besetzten Gebieten unterlagen dagegen der Zensur, die bis zu einem zeitweisen Verbot reichen konnte. In zentral gelegenen Lesehallen wurden französische Schriften ausgelegt, verkauft und in Umlauf gebracht.



Konzert mit französischer Musik, Landau (Stadtarchiv Landau)



Le Rhin Illustré, erste Ausgabe (Universitäts- und Stadtbibliothek Köln)



Französische Buchhandlung in Ludwigshafen (Stadtarchiv Ludwigshafen)

Amerikanisches Konzert in Cochem (National Archives Washington, D.C.)



46146

DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



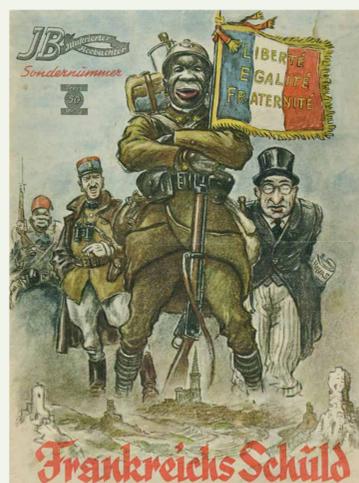
Anti-französische Propaganda

Gegen die französische Besatzungspolitik agitieren in Deutschland ganz unterschiedliche Kräfte vor allem des konservativen bis rechtsextremen Spektrums. Zu den Gegenmaßnahmen der bayerischen Regierung gehörte eine 1924 und 1930 veröffentlichte Chronologie der Ereignisse der Besatzungszeit, die „für alle Zeiten die politischen Ziele aufgedeckt“ halten wollte, „die mit der bisherigen Ausübung des Besatzungsrechtes verfolgt wurden.“ In Rheinhessen wurden kulturelle Einrichtungen wie das Mainzer Stadttheater oder das Römisch-Germanische Zentralmuseum durch das Reich und den Volksstaat Hessen zielgerichtet gefördert. Eine weitere Antwort auf die französische kulturelle Propaganda bildete die Gründung einer wissenschaftlich-künstlerisch ausgerichteten Musikschule (ab 1929 Musikhochschule) in Mainz. Den französischen Lesehallen sollten eine deutsche „Volksbücherei“ und eine „Volkslesehalle“ in Mainz entgegengesetzt werden. Auch die Einrichtung französischer Hochschulen stieß bei den deutschen Behörden auf Argwohn. Im Gegenzug gründete die Bayerische Regierung 1921 die Pfälzische Landesbibliothek. Diese sei,

wie ihr erster Direktor formuliert, „aus der Not des deutschen Zusammenbruchs und der feindlichen Besetzung geboren.“ Aufgabe der 1925 gegründeten Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften sollte es sein, „Wache zu halten für Deutschlands Volkstum an Deutschlands neuer Grenze.“

Der 1919 von der Besatzungsmacht ausgewiesene pfälzische Regierungspräsident Theodor von Winterstein gründete eine Zentralstelle für pfälzische Angelegenheiten („Pfalzzentrale“) im badischen Mannheim. Sie entwickelte sich zu einem Propaganda-, Nachrichten- und Aufklärungsdienst und polemisierte insbesondere gegen die Besatzungstruppen aus den französischen Kolonialgebieten („Schwarze Schmach“). Auch die Rheinische Frauenliga, die 1920 auf Initiative der deutschen Regierung ins Leben gerufen wurde, machte Front dagegen.

Dem rechtsextremen Spektrum gehörte der 1903 in Darmstadt geborene und in Mainz aufgewachsene Werner Best an, der vor allem während des Ruhrkampfes gegen Frankreich agitierte und später in der NSDAP Karriere machte. Von beiden Seiten wurde die kulturelle Auseinandersetzung nicht nur mit einer Vielzahl von Broschüren, sondern auch mit den Mitteln des Films geführt. Ab 1926 entstanden im Deutschen Reich vermehrt Weltkriegs- und Rheinlandfilme. Die Auf- führung solcher Produktionen in den linksrheinischen Gebieten wurde von der französischen Besatzungsmacht regelmäßig verboten.



Anti-französisches Plakat, 1940 (Landesarchiv Speyer W1-1998)

1689



Brigade-General MELAC
Festungskommandant in Landau.
Nach einem Stich im Heideberger Schlossmuseum.

1919



General GÉRARD
Armeekommandant in Landau.
Aus Gerard Zeitschrift „Pfälzische Woche“.

Zwei französische Generäle.

MELAC

Kein Franzose will heute diesen Namen kennen. Und doch kennt ihn jedes pfälzer Kind und jedes pfälzer Herz erschauert bei seinem Klang.

Solange die Ruinen von unsern pfälzischen Schlössern wie aus dem Grab gewachsene Schwurfinger sich zum Himmel recken, wird der Name Melac ein Schandmal französischer Kultur sein.

Melac hat die Pfalz verwüstet, unsre Städte, Dome und Schlösser böswillig verbrannt und uns nichts gelassen, als die Augen zum Weinen.

Kein Franzose will diesen Namen kennen und uns lästert man als Barbaren.

Nein! Keine Gefchichtslüge kann es hinwegfällchen, er bleibt der Mordbrenner der Pfalz.

GÉRARD

Kein Franzose wird später seinen Namen kennen wollen und doch gibt der Mann sich Mühe, dass jedes pfälzer Herz bei seinem Namen ergrimmt.

Brandfackel, Raub und Plünderung sind ihm unmoderne Waffen. Mit Lüge, Cynismus, Betrug und Bestechung versucht er das Gift zu mischen und einzuträufeln.

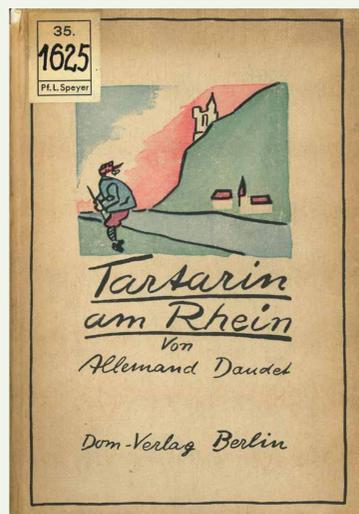
Nur armselige Gesinnungslumpen, Schieber und Schufte erfreuen sich „seiner“ Freiheit. Dem deutlichen Pfälzer ist der Mund verfllossen und die Hand gebunden.

Hinter dem Versprechen der Freiheit, materieller Vorteile und Segnungen der Kultur, lauert die Hinterlist des Wortbruches und der blutigen Verhöhnung.

Will er fortleben in der Gefchichte als der Giftmischer der Pfalz?

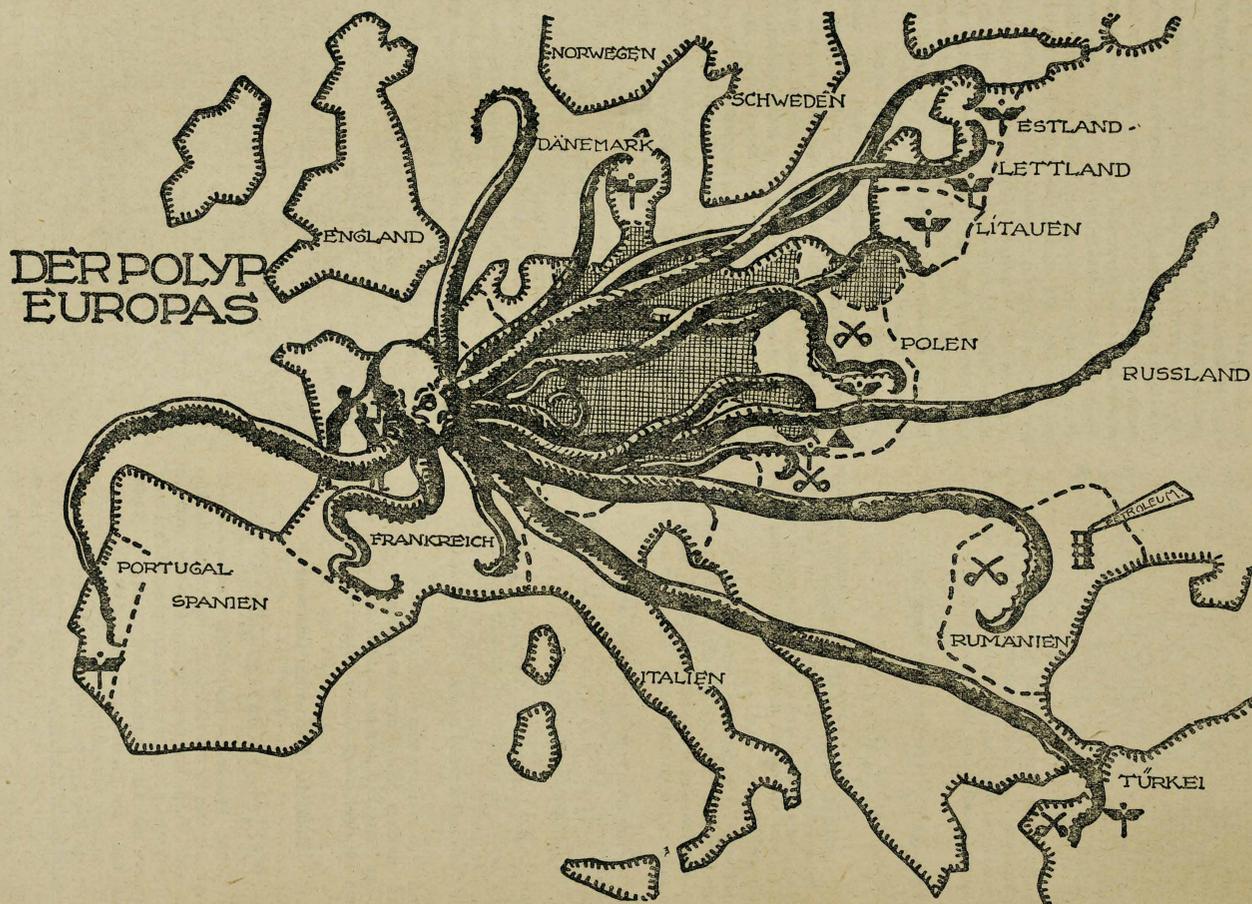
Darum Achtung ihr deutschen Pfälzer, Frankreich hat immer seine Mittel der Zeit angepasst – sein unentwegtes Ziel ist aber seit Jahrhunderten die Knechtung der deutschen Pfalz – und deren endgültigen Raub

Polemisches Flugblatt, das die Verwüstungen unter General Melac im Pfälzischen Erbfolgekrieg (1689) und die Besatzungspolitik unter General Gérard (1919) gleich stellt. (Stadtarchiv Speyer)



Unter dem Pseudonym Allemand Daudet veröffentlichte der Schriftsteller Max Joseph Wolff (1868-1941) 1922 eine Satire auf das Sendungsbewusstsein der französischen Besatzung. (Pfälzische Landesbibliothek)

Frankreich als „Polyp Europas“, Rheinischer Beobachter 1923, S. 69



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Offizielle und private Begegnungen

Auf den Vorwurf hin, Mainz kollaboriere zu sehr mit den Franzosen, schrieb der Oberbürgermeister an den Landeskommissar für das besetzte hessische Gebiet, 29. Juni 1928

„Die Stadt hat allerdings schon wiederholt von französischen Behörden Einladungen zu den verschiedensten Veranstaltungen offizieller und privater Art erhalten. Die Stadt hat aber den französischen Behörden nie einen Zweifel darüber gelassen, dass sie an irgendwelchen Veranstaltungen einer Besatzungsmacht nicht teilnehmen könne. Auch die Bevölkerung verhielt sich von jeher derartigen Bemühungen der Besatzung gegenüber vollständig ablehnend.“ (Stadtarchiv Mainz, 71/68)



Bei der Feier zur Erinnerung an Jeanne d'Arc in Bad Kreuznach am 8. Mai 1921 beobachteten die Familien der französischen Offiziere die Feierlichkeiten vom Balkon aus. (Stadtarchiv Bad Kreuznach, MS Besatzung)

Begegnungen zwischen den Besatzern und den Ortsansässigen waren unerwünscht, private und gesellschaftliche Beziehungen zum Teil verboten. Doch sie ließen sich nicht vermeiden. Offizielle Kontakte von Seiten der Besatzungsbehörde mit der deutschen Bevölkerung waren überwiegend politisch motiviert und dienten propagandistischen und disziplinarischen Zwecken. Es wurden Einladungen zu Konzerten und Theaterveranstaltungen, Paraden, Ehrungen und Garnisonsfeiern sowie dem französischen Nationalfeiertag oder der „Fête de Jeanne d'Arc“ ausgesprochen. Abweichend von den strikten politischen Richtlinien ge-



Nach dem Brand der französischen Flagge musste der Magistrat von Bad Ems wegen Verdachts auf Brandstiftung bei der Fahnenzeremonie antreten (Stadtarchiv Bad Ems, 3-1-59). Ebenso verfuhrten die Franzosen in Bad Kreuznach, als im März 1921 die Trikolore entwendet wurde.

währte das französische Militär Unterstützung in Katastrophenfällen, z.B. bei Bränden, oder in der Landwirtschaft, wo man etwa mit Militärpferden bei der Feldarbeit aushalf. Zur Disziplinierung der deutschen Be-

völkerung kam es, wenn z.B. französische Gesetze missachtet, nationale Symbole der Besatzungsmacht verunglimpft oder mutwillig beschädigt wurden.

Auf privater Ebene ergaben sich Kontakte durch die Einquartierung, in Gaststätten, auf Tanzveranstaltungen, bei Festen, Konzerten und Theatervorstellungen, auf dem Markt, beim Spazierengehen, bei der Arbeit und auch im Bordell. Es kam zu Liebesbeziehungen und zu Heiraten von französischen und amerikanischen Besatzungssoldaten mit deutschen Frauen, die zum Teil ihren Männern in deren Heimat folgten. In Deutschland waren besonders die Kinder von farbigen Soldaten und deutschen Frauen einer Stigmatisierung ausgesetzt. Ihnen drohte später, unter nationalsozialistischer Herrschaft, die Zwangssterilisation. Einzelfälle von Vergewaltigungen durch Besatzungssoldaten wurden propagandistisch genutzt und zu dem rassistisch aus-



Heiratsanzeige von Susi Ess und Hippolyte Bargeon, Alzeyer Zeitung vom 26. Februar 1920 (Museum der Stadt Alzey)

gemalten Bild der „schwarzen Schmach“ stilisiert. Damit wurden Ängste in der deutschen Bevölkerung geschürt. Sie verstärkten bestehende Unsicherheiten, hervorgerufen durch die Begegnung mit fremden Menschen, ihrer Sprache und Kultur. Dies barg die Möglichkeit zu Missverständnissen, trug aber auch zur Verstärkung bestehender Vorbehalte bei. Das Kaugummikauen amerikanischer Soldaten irritierte ebenso wie ihr Fahrstil oder der exzessive Alkoholkonsum. Andere Kleidungsge-wohnheiten oder Hygienestandards befremdeten nicht weniger als die Art der Küchennutzung, wenn sich die Hausherrin mit der einquartierten französischen Offiziersgattin in der Küche arrangieren musste.



Deutsch-amerikanisches Liebespaar (Landeshauptarchiv Koblenz, 612-7885)

Gemeinsame Weinprobe von Amerikanern und Deutschen in Plaidt (Plaidter Geschichtsverein)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Einquartierungen und ungewohnte Bräuche

Bad Kreuznach, 23. Dezember 1918

„Abends kommt eine andere [Autokolonne] u. wir bekommen unsere Einquartierung. Das hatte lange gedauert, bis der Quartiermacher sich mit Mutter u. mir verständigt hatte. Er wollte hier ‚kuschee‘ u. ‚mangschee‘. Oben sind zwei Betten im Stübchen zurecht. Und zum ‚mangschee‘ boten wir ihm unsere Wohnstube an. Er sagte aber, das sei mein ‚Büro‘ u. dort müsste ich arbeiten. Um 5 Uhr wollte er noch mit 3 od. 4 Kameraden kommen. Es kamen aber nur 2 Mann; die waren mit dem oberen Stübchen sehr zufrieden: bon! Und aus der Wohnstube wollten sie uns nicht vertreiben, sie gingen wo anders hin ‚mangschee‘. Gegen 8 Uhr rückten sie ohne uns zu stören ruhig und still in ihre Klause.“ (Emil Weirich, Tagebuch, Privatbesitz Renate Weirich)

In zeitgenössischen Zeugnissen wurde die Besatzungszeit oft als „schwere Zeit“ bezeichnet. Doch die Alltagserfahrungen der Menschen waren sehr unterschiedlich.

Während manche Dörfer keine oder nur vorübergehende Einquartierungen hatten, waren z.B. im 520 Einwohner zählenden Uffhofen bei Flonheim fast ein Jahr lang 1.400 Soldaten stationiert. In Mainz waren auf dem Höhepunkt Mitte 1924 über 2.400 Wohnungen komplett und über 4.000 teilweise beschlagnahmt. In der Pfalz waren es Ende 1926 immer noch knapp 9.500 Wohnungen. Die Besatzungstruppen nutzten vorhandene Kasernen und Übungsplätze, so in Koblenz, Landau,



Eintreffen der Einquartierungskommission in Bad Kreuznach, 8. Dezember 1918. Im Hintergrund das Kurhaus, davor der Fürstenhof, der vom französischen Militär besetzt wurde (Stadtarchiv Bad Kreuznach, NL Gampfer)

Die Hunsrück-Bäuerin Maria Elisabetha Glasmann (1860-1942) über den Einzug der französischen Truppen in ihrem Dorf im Dezember 1918:

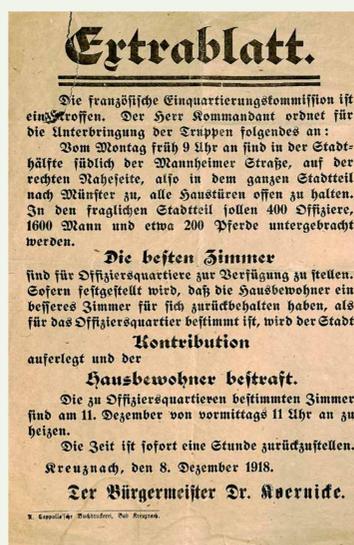
„Die Soldaten waren überhaupt anständig und dankbar, ließen sich nichts zuschulden kommen, erwiesen uns gerne kleine Gefälligkeiten und waren auch reinlich. Wenn wir geputzt hatten, gingen sie auf den Fußspitzen.“ (Tagebuch meines Lebens, 1973, S. 224)

Worms und Mainz. Mancherorts wurden nachträglich Kasernen gebaut und Bordelle eingerichtet. Weitere Unterkünfte wurden durch Einquartierungen und Requisitionen in privaten Häusern und Wohnungen geschaffen. Auch beschlagnahmten die Besatzer öffentliche Gebäude wie Schulen, Turn- und Festäle sowie Sportplätze.

Die Einquartierungen verschärften nicht nur die vielerorts bestehende Wohnungsnot, sondern machten ein unmittelbares Aufeinandertreffen von Franzosen und deutscher Zivilbevölkerung unvermeidlich. Später wurden auch neue Gebäude für französische Armee- und Zivilangestellte geschaffen.

Soldaten in Uniform verkehrten auf den Straßen, ihre Flaggen wehten an Gebäuden, Militärfahrzeuge, fremdsprachige Warn-, Orts-, Straßen- oder Hinweisschilder, z.B. mit der Aufschrift „Cantonnement normal/Logement“ an Gebäuden, leiteten die Soldaten im öffentlichen Raum und informierten über Einquartierungen. An Anschlagtafeln hingen Plakate oder zweisprachige Wandzeitungen, je nach Ort französisch/deutsch oder englisch/deutsch.

Die Ausrichtung auf das Militärische, die Anwesenheit neuer Symbole, einer neuen Sprache und fremden Geldes irritierten und ließen die Menschen die vertrauten Verhältnisse vermissen.



Extrablatt mit Informationen zur Einquartierung in Bad Kreuznach, 8. Dezember 1918 (Stadtarchiv Bad Kreuznach, MS Besatzung)



Amerikanische Soldaten in Neuwied bei der Familie Bruchweh, 1919 (Kreismedizinzentrum Neuwied, Sammlung Kupfer)

Familie Sattel mit französischen Soldaten im Hof in der Ludwigstraße, Schifferstadt (Privatbesitz Beate Steigner-Kukatzi)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Ansätze deutsch-französischer Aussöhnung

Als eine im Hunsrück liegende Einheit am 10. November 1919 nach Finthen abrückte, luden die Soldaten ihre Quartiergeber zu einer „kleinen Abschiedsfeier“ ein, „und da sagte einer: ‚Warum nur immer Deutschland und Frankreich Disput?‘“ Als sie abzogen, so die Bäuerin Maria Elisabetha Glasmann, schenkte jeder der bei ihnen einquartierten Soldaten ihrem Mann eine Flasche Wein. Einer hob den Enkel Alfred hoch „und hatte dabei Tränen in den Augen.“ (Tagebuch meines Lebens, 1973, S. 226)

Durch den täglichen Umgang mit Angehörigen der Besatzungstruppen bei Einquartierungen im eigenen Umfeld lernten Deutsche und Franzosen sich kennen und sahen sich trotz aller Schwierigkeiten nicht mehr unbedingt als Feind. Dem evangelischen Pfarrer von Wallertheim erschien „der Franzose“ als „ein sehr höflicher Mann [...]. Das allgemeine Urteil ging dahin: sie haben sich recht anständig benommen. Sie waren nicht die gehässigen, fanatischen und rachsüchtigen Menschen, als die wir sie uns vorgestellt und als die sie viele bei uns gefürchtet haben, sondern sie verkehrten mit uns mit Anstand und Würde“.

Ludwigshafen, 5. November 1920
„An Allerheiligen war auf dem Friedhof in der Geddenhülle eine große Trauerfeier für die Kriegsgefallenen. Dabei hat auch die französische Militärverwaltung einen großen Kranz mit Tricolorband und Widmung für die deutschen Gefallenen niederlegen lassen. Solche Maßnahmen lassen doch immer wieder die Hoffnung aufkommen auf eine Verständigung, die doch einmal kommen muss.“ (Tagebuch Armand Stiegelmann, Privatbesitz)

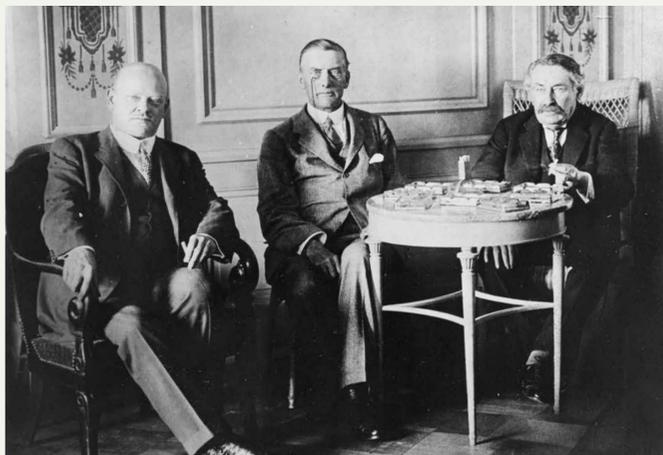
Auch die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“, gegründet 1915 in Den Haag, setzte sich für dauerhaften Frieden ein. In vielen Städten, darunter auch Mainz, entstanden Ortsgruppen. Beim Friedensschluss von Versailles fanden die Stimmen der Pazifisten kein Gehör. Die Fronten verhärteten sich und gipfelten im Einmarsch der Franzosen im Ruhrgebiet 1923. Außenminister Gustav Stresemann beendete den passiven Widerstand und erreichte mit dem Dawesplan eine außenpolitische Entspannung. Mit dem französischen Außenminister Aristide Briand versuchte er, die territorialen Konflikte zu lösen. So verpflichtete sich Deutschland 1925 in Locarno, die im Versailler Vertrag festgeschriebenen westlichen Grenzen nicht gewaltsam zu verändern.



Aufgrund des „einwandfreien“ Verhaltens der Bevölkerung wurden die Besatzungsvorschriften im Januar 1919 gelockert. (Stadtarchiv Landau)

Auch Politiker sahen eine Aussöhnung zwischen beiden Ländern als einzig richtigen Weg für die Zukunft an.

Bereits vor dem Krieg und auch in den folgenden Jahren setzten sich vor allem Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Wissenschaftler und andere Intellektuelle für Frieden und ein Ende der „Erbfeindschaft“ ein. Erfahrungen im Ersten Weltkrieg trugen dazu bei, dass Schriftsteller wie Carl Zuckmayer aus Nackenheim oder Erich Maria Remarque („Im Westen nichts Neues“) zu Pazifisten wurden. Auf französischer Seite engagierten sich neben den Schriftstellern Romain Rolland, Henri Barbusse und René Schickele viele andere für Frieden und Versöhnung.



Gustav Stresemann, Austen Chamberlain und Aristide Briand bei den Beratungen in Locarno 1925 (Bundesarchiv, Bild 183-R03618/o. Ang.)

Trier, 22. November 1923
„Die Verhütung eines abermaligen Krieges, und sei es selbst mit schwer tragbaren Mitteln, ist m. E. für Deutschland und namentlich für die Rheinlande eine Grundfrage seiner Weiterexistenz. [...] über diese Frage der Versicherung gegen die Möglichkeit eines ferneren Krieges muß es zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland kommen.“ (Christian Stöck, stellv. Oberbürgermeister von Trier, in: Aus meinen Erinnerungen an die Besatzungszeit der Stadt Trier, Trier 1930)

Schlussitzung des Völkerbundes in Genf, 1926. Deutschland trat in diesem Jahr dem Völkerbund bei. (Bundesarchiv Bild 102-02454/Fotograf Georg Pahl)



DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Das Ende der französischen Besatzung

Mainz, im Namen von General Guillaumat, 1930:
„So haben die siegreichen alliierten Nationen entschieden, mit dem Ziel der Befriedung und der Eintracht, ihre Armeen vier Jahre vor der in den Verträgen festgelegten Zeit abzuziehen.
Mögen alle diese Geste verstehen und sich an sie erinnern.
Mögen die Deutschen, dieses Volk, das nichts als die Gewalt anerkennt, hierin kein Zeichen der Schwäche sehen, oder, was noch schlimmer wäre, der Zersetzung des alliierten Blocks.“ (aus: Historique sommaire de l'occupation des territoires Rhénans par les armées alliées, Stadtbibliothek Trier)



Einholen der Trikolore in Landau (Stadtarchiv Landau)

Dank der Bemühungen um Aussöhnung mit Frankreich und der Verhandlungen von Außenminister Gustav Stresemann und seines französischen Amtskollegen Aristide Briand wurden die rigorosen Reparationsforderungen an Deutschland nach und nach gelockert. Nach der

Zustimmung des Deutschen Reichs zum Young-Plan beendeten die Siegermächte die Besatzung der Rheinlande vorzeitig. Die Zone rund um Koblenz wurde im November 1929 geräumt. Aus der „Mainzer Zone“ und der Pfalz zogen die französischen Truppen am 30. Juni 1930, fünf Jahre vor dem im Versailler Vertrag festgelegten Termin, ab. Von der Bevölkerung der betroffenen Gebiete wurde die vorzeitige Räumung freudig begrüßt. Dass sie vor allem der Aussöhnungspolitik zu verdanken war, ging in der Begeisterung weitgehend unter. Vielmehr breitete sich eine nationalistische



Zerstörter Zigarren- und Schreibwarenladen von Hermann Otto Max Fritz in Mainz, Boppstraße 50, 3. Juli 1930, Foto Heinrich Ranzenberger (Stadtarchiv Mainz, BPSF 7574 A)

Stimmung aus, und es gab Angriffe auf vermeintliche „Separatisten“. Dabei kam es auch zu antisemitischen Ausschreitungen.

Im Laufe des Monats Juli 1930 besuchte Reichspräsident Paul von Hindenburg mehrere Städte auf dem linken Rheinufer und wurde überall begeistert empfangen.

Die restriktive Politik der französischen Militärregierung im besetzten Gebiet hatte dazu geführt, dass die NSDAP bis 1930 in den meisten linksrheinischen Städten und Gemeinden bedeutungslos blieb. Hierzu trugen auch organisatorische Unfähigkeit und personelle Probleme bei. Ab Juli 1930 konnten NSDAP und SA offen auftreten. In den folgenden zwei Jahren kam es regelmäßig zu Straßenschlachten zwischen der SA und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dessen Mitglieder die Weimarer Demokratie verteidigten. Bei der Reichstagswahl vom September 1930 konnte die NSDAP in Mainz schon 14,7% der Stimmen erringen. In der Pfalz erreichte sie 1930 bei den Reichstagswahlen 22,8%, im Wahlkreis Koblenz-Trier 14,9%. Bei den Wahlen 1932 kam es hier wie im gesamten Deutschen Reich zu erdrutschartigen Erfolgen der NSDAP.

Ursachen waren die durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöste hohe Arbeitslosigkeit und die weit verbreitete Verbitterung über die als Schmach empfundenen Bedingungen des Versailler Vertrags, die nationalistische Strömungen stärkte.



Hindenburg bei der zentralen Befreiungsfeier in Koblenz am Deutschen Eck am 22. Juli 1930 (Landeshauptarchiv Koblenz, 710-6162)



SA-Aufmarsch auf dem Rathausplatz in Landau, um 1930-1932 (Stadtarchiv Landau)

Enthüllung des Befreiungsdenkmals auf dem Schillerplatz in Mainz am 20.7.1930 mit Reichspräsident Hindenburg im offenen Wagen (Stadtarchiv Mainz, BPSF 2419A)

